

Bern, 07. Juli 2017

Poststellenschliessungen: „Service public“ wird beerdigt

Bereits im vergangenen Herbst publizierten die Medien, dass die Konzernleitung der Post in absehbarer Zeit 500 bis 600 Filialen aufheben will. Dabei fällt vor allem die hohe Zahl an geplanten Schliessungen ins Gewicht. Während der Bestand bisher lediglich schrittweise reduziert wurde, beabsichtigt man nun einen rigorosen Abbau des gesamten Poststellennetzes, sodass die Versorgung der Bevölkerung keinesfalls mehr gewährleistet ist. Die mancherorts eröffneten Agenturen, sogenannte Postfilialen, die in Dorf- oder Quartierläden integriert sind, stellen dabei kaum einen gleichwertigen Ersatz dar. Diese dürfen beispielsweise keine Ein- und Auszahlungen vornehmen. Insbesondere die älteren Generationen mit begrenzten technischen Möglichkeiten benötigen in unmittelbarer Nähe eine Poststelle, zumal oftmals auch die Mobilität dieser Personen eingeschränkt ist.

Ländliche Gemeinden leiden besonders

Des Weiteren besteht eine verfassungsmässige Verpflichtung, Randregionen angemessen mit Filialen zu versorgen. Stützt man sich auf die veröffentlichten Pläne, so würden unter anderem bevölkerungsarme ländliche Gebiete unter diesen Massenschliessungen leiden. Das Verschwinden einer dorfeigenen Poststelle hilft indirekt auch mit, die wirtschaftlichen Strukturen mittelfristig herunterzufahren. Deshalb befürworten die Schweizer Demokraten (SD) jeglichen Widerstand gegen Poststellenschliessungen. Zudem ist es unabdingbar, dass die Post als bundeseigener Betrieb der Opposition aus den Gemeinden entsprechend Rechnung trägt. Ansonsten wird der vielzitierte „Service public“ tatsächlich endgültig beerdigt.

Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern